

INHALT

1. CDU-Fraktion setzt umfassende Beteiligung des Landtages und Bürgerbeteiligung zur Zwischenlagerung durch
2. Fragestunde: Bildungsministerin Wende mit nachweislicher Falschaussage
3. Mehr Mobilität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen
4. Beamten demonstrieren vor dem Landtag
5. CDU-Fraktion fordert Taten statt Worte
6. Verkehrsminister verspielt Zukunft der A 20

24.04.2013

CDU-Fraktion setzt umfassende Beteiligung des Landtages und Bürgerbeteiligung zur Zwischenlagerung Regierungsfaktionen bessern nach

Am Vormittag (24. April 2013) begann die Debatte über die Zwischenlagerung von Atommüll aus Sellafield und La Hague. „Wir sind bereit, Verantwortung zu tragen. Aber zuerst müssen alle Voraussetzungen erfüllt sein“, erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen in seiner Antwort auf die Regierungserklärung von Ministerpräsident Torsten Albig.

Der Landtag müsse das letzte Wort haben. Die von SPD, Grünen und SSW beantragte Blankovollmacht dürfe nicht erteilt werden. Erst wenn alle offenen Fragen geklärt seien, könne über die Zwischenlagerung zusätzlicher Castoren entschieden werden.

Eine emotionale Debatte, mehrere Sitzungsunterbrechungen und zwei getrennte Sitzungen der Fraktionen später wurde ein gemeinsamer Begleit Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen SSW und zwei Abgeordneten der Piraten beschlossen.

„Die Landesregierung wird jetzt in die Pflicht genommen. Es wird ein Verfahren mit maximaler Transparenz geben. Die Landesregierung kann nicht wie bisher jede Verantwortung an den Bund und die Betreiber abschieben. Diesem Kompromiss können wir zustimmen“, erklärte Callsen nach einer in einer Sitzungsunterbrechung des Landtages einberufenen Fraktionssitzung.

Er freue sich, dass das Angebot der CDU-Fraktion für einen breiten Kompromiss von den Regierungsfaktionen angenommen worden sei.

„Das ist ein gutes Signal auch an alle anderen Bundesländer. Schleswig-Holstein geht bei der Energiewende voran. Wir nehmen unsere Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen wahr. Wir hoffen, dass dies ein Beispiel für weitere Bundesländer ist“, so Callsen.

Die Verhandlungen hätten sich gelohnt. Eine umfassende Bürgerbeteiligung werde sichergestellt. Auch über die Erfüllung der von der CDU-Fraktion in Drucksache 18/733 aufgestellten Forderungen insbesondere in Sicherheitsfragen werde dem Landtag durch die Landesregierung laufend schriftlich berichtet. Vor einer Zustimmung zu einer Zwischenlagerung müsse die Landesregierung dem Landtag über das Ergebnis der Verhandlungen berichten. Hierzu habe Umweltminister Habeck eine schriftliche Berichterstattung gegenüber dem Landtag zugesagt.

CDU-Energieexperte Jens-Christian Magnussen erklärte, dass die Landesregierung der Ratsversammlung der Stadt Brunsbüttel zeitnah Rede und Antwort stehen werde. „Umweltminister Habeck hat dieser Forderung bereits zugestimmt“, so Magnussen.

Ebenso stünden Ministerpräsident Torsten Albig und Umweltminister Robert Habeck persönlich im Wort, zeitnah die Fragen aus dem CDU-Antrag Drucksache 18/733 schriftlich zu beantworten.

„Jeder einzelne Schritt, jeder einzelne an die Landesregierung erteilte Prüfauftrag, wird offen und transparent abgearbeitet. Diesem Verfahren können wir zustimmen“, so Callsen.

Link zum Antrag mit den CDU-Forderungen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0700/drucksache-18-0733.pdf>



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Fragestunde: Bildungsministerin Wende mit nachweislicher Falschaussage CDU-Fraktion hakt nach

Auch in der heutigen Fragestunde behauptete Bildungsministerin Professor Waltraud Wende erneut, dass die jetzige Landesregierung weniger Lehrerstellen abbaue, als von der Vorgängerregierung beabsichtigt.

CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch forderte Wende darauf hin auf, diese nachweisliche Falschaussage richtig zu stellen. „Ein Vergleich des Umdrucks 18/620 mit der Medieninformation der Landesregierung vom 12. März 2013 zu den Haushaltseckwerten 2014 beweist das Gegenteil“. (Links siehe unten)

Von der Vorgängerregierung sei für das Jahr 2014 ein Abbau von 355 Stellen vorgesehen gewesen. Die jetzige Landesregierung beabsichtige hingegen, 465 Stellen abzubauen.

Beim eigentlichen Thema der Fragestunde zur Einrichtung neuer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen führte Wende zu ihrer Entlastung die Stellungnahme einer Juristin ihres Ministeriums an, nach der die betreffenden Oberstufen auf der Basis der derzeit geltenden Gesetzeslage genehmigungsfähig sind.

„Wendes komplette Argumentation beruht auf dieser zweiten juristischen Meinung, die allerdings in den von ihr selbst heute auf Nachfrage als vollständig bezeichneten Akten fehlt“, erklärte Franzen in Kiel. Die CDU-Abgeordnete forderte Wende auf, diese Stellungnahme schriftlich nachzureichen.

Grundsätzlich müssten alle für die Entscheidungsfindung maßgeblichen Ausarbeitungen in den Akten zu finden sein. Es sei schwer zu glauben, dass ausgerechnet das von der Ministerin als maßgeblich dar gestellte Argument in den Akten fehle. In den Akten fänden sich nur Argumente, die gegen die Einrichtung neuer Oberstufen sprechen. Die Ministerin habe trotzdem anders entschieden.

Immerhin habe Wende bestätigt, dass die Bewertungen des Hauses so lange „verfeinert“ wurden, bis das politisch gewünschte Ergebnis heraus kam. Die Antworten des Ministeriums auf Kleine Anfragen seien entgegen der heutigen Aussage der Ministerin mehr als lückenhaft gewesen.

„Die Ministerin musste einräumen, dass in den Antworten Zahlen zu finden waren, die aus den dem Parlament vorgelegten Akten nicht zu belegen sind“, so Franzen. Mit transparentem und nachvollziehbarem Regierungshandeln habe dies nichts zu tun.

Link zum Umdruck 18/620:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/0600/umdruck-18-0620.pdf>

Link zur Pressemitteilung der Landesregierung:

http://schleswig-holstein.de/FM/DE/Service/Presse/PI/2013/130312_eckwerte.html



Heike Franzen, MdL

Mehr Mobilität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen **Landesregierung soll Initiative für Bildungsstaatsvertrag beitreten**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag diskutierte heute (24. April 2013) über einen Antrag der CDU-Fraktion, der die Landesregierung auffordert, der Initiative der Länder Bayern, Niedersachsen und Sachsen zur Schließung eines gemeinsamen Bildungsstaatsvertrags beizutreten.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Heike Franzen, forderte die Landesregierung in ihrem Debattenbeitrag auf der Initiative beizutreten.

„Ein Bildungsstaatsvertrag ist die beste Möglichkeit, um eine bundesländerübergreifende Verbindlichkeit im Schulsystem zu erreichen. In Anlehnung an die von der Kultusministerkonferenz verabschiedeten Standards sollen darüber hinaus auch länderspezifische und –übergreifende Vergleichsarbeiten durchgeführt werden“, so Franzen.

Das Ziel der CDU-Landtagsfraktion sei eine Verbesserung der Unterrichtsqualität an allen unseren Schulen. Dafür müssten in einem zweiten Schritt Leistungsstandards auch für die anderen Bildungsabschlüsse entwickelt werden.

Die Bundesländer seien vor allem im Bildungsbereich aufgefordert enger zu kooperieren, um Gemeinsamkeiten zu entwickeln und Vergleichbarkeit zu schaffen. „Dafür ist eine inhaltliche und strategische Abstimmung untereinander erforderlich, denn alle eint das gemeinsame Ziel: die möglichst beste Bildung für unsere Kinder“, so Franzen.

Der Antrag wurde in den Bildungsausschuss überwiesen. Bildungsministerin Wende machte in ihrer Rede allerdings bereits ihre Ablehnung deutlich.

Beamten demonstrieren vor dem Landtag **DBB-Spitze heute morgen zu Gast in der Fraktion**



Demonstranten vor dem Kieler Landeshaus

Am heutigen (24. April 2013) Nachmittag demonstrierten mehr als 1.500 Beamtinnen und Beamten vor dem Landtag gegen das von Ministerpräsident Torsten Albig geplante Besoldungsdiktat. Bei der Fraktionssitzung am Morgen waren die dbb-Vorsitzende Anke Schwitzer und ihr Kollege von der Deutschen Steuergewerkschaft, Nils Jessen, zu Gast. Die CDU-Fraktion sicherte den Beamtinnen und Beamten im Kampf um eine gerechte Übertragung der Tarifabschlüsse des Öffentlichen Dienstes ihre Unterstützung zu.

„Die Beamten haben in den vergangenen Jahren mit der Kürzung ihrer Sonderzulagen erhebliche Opfer gebracht. Dieses Opfer war auch dafür nötig, dass den Beamten Einbußen bei künftigen Tarifierhöhungen erspart werden können“, erklärte Fraktionschef Johannes Callsen in der Sitzung.

Die CDU-geführte Vorgängerregierung habe deshalb trotz knapper Kassen immer eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifabschlüsse vorgenommen. Dies sei im heutigen Gespräch von der dbb-Spitze auch anerkannt worden. „Es ist deshalb ein tiefer Vertrauensbruch, wenn Ministerpräsident Albig von diesem bewährten Verfahren jetzt abweichen will“, so Callsen.

Die CDU-Fraktionsmitglieder waren über die von Schwitzer vorgenommene Schilderung des Verhandlungsverlaufs zwischen den Arbeitnehmervertretern und der Landesregierung betroffen. „Wir haben volles Verständnis für die Verärgerung der Beamtenschaft. Es wird lange dauern, einen solchen Vertrauensbruch zu heilen“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende.

Er forderte insbesondere SPD-Chef Ralf Stegner auf, sich selbst ernst zu nehmen. „Gestern hat Stegner das völlig verkorkste Tariftreuegesetz unter anderem mit der Achtung der Tarifpartner begründet. Den Beamten muss das wie Hohn vorkommen“, so Callsen.

Schwitzer habe noch einmal deutlich gemacht, dass das geplante Besoldungsdiktat durch die Abkopplung der Mitarbeiter ab der Besoldungsgruppe A14 einen Keil in die Mitgliederschaft treibe. Callsen: „Das würde das gesamte Besoldungsgefüge und damit die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes zerstören. So etwas darf nicht passieren.“

CDU-Fraktion fordert Taten statt Worte

Bildungsministerin bewertet unterschiedliche Besoldung der Lehrkräfte als demütigend und tut nichts

Nachdem Bildungsministerin Wende im Bildungsausschuss die unterschiedliche Besoldung der Lehrkräfte an den Gemeinschaftsschulen als „demütigend“ bezeichnet hatte, forderte die CDU-Fraktion sie heute im Landtag auf, dann auch ihrer Erkenntnis entsprechend zu handeln.

„Die Ministerin ist nun seit fast einem Jahr oberste Dienstherrin der Lehrerinnen und Lehrer des Landes und hätte also genug Zeit gehabt, die von ihr selbst so bezeichnete demütigende Situation der Lehrerbeseoldung zu beenden“, so die CDU-Abgeordnete Heike Franzen.

Die Bildungsministerin sagte allerdings in ihrer heutigen Rede, das Thema Besoldung stehe lediglich auf der mittelfristigen Agenda des Ministeriums und müsse debattiert werden.

Franzen erwiderte, es bleibe also alles, wie es ist. Statt etwas zu tun verweigere diese Landesregierung die Übernahme des Tarifabschlusses auf die verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer. Sie wolle auf deren Kosten Zwerg-Oberstufen einrichten, für die es keinen Bedarf gebe. Weiterhin bevorzuge sie die angestellten Lehrkräfte.

„Damit treibt diese Landesregierung einen Keil in die schleswig-holsteinischen Klassenzimmer. Deutlicher kann sie nicht klar machen, wie wenig ihr unsere verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer wert sind“, erklärte Franzen.

Verkehrsminister verspielt Zukunft der A 20

CDU-Landesvorsitzender Böge unterbreitet Finanzierungsvorschläge für die A20



Reimer Böge, MdEP

Zu Beginn der Woche traf sich der CDU-Landesvorsitzende Reimer Böge, MdEP, in Brüssel mit EU-Verkehrskommissar Siim Kallas zu einem Gedankenaustausch über die europäische Verkehrsplanung und deren Finanzierung im kommenden Mehrjahresfinanzrahmen (MFR) für die Jahre 2014 bis 2020.

Mit Blick auf den Weiterbau der A20 und die Diskussion über die Finanzierung einer Elbquerung bei Glücksstadt hielt Böge nach dem Gespräch fest, dass mehrere Finanzierungsmodelle zwischen Bund, Land und EU möglich seien. Die Landesregierung müsse diesem Thema jedoch endlich die notwendige Bedeutung beimessen.

"Wenn man für die Elbquerung nicht bald eine alternative Finanzierung findet, wird man für die nächsten 15 Jahre auf der A7 im Stau stehen", warnte Böge.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hans-Jörn Arp, forderte heute (24. April 2013) Verkehrsminister Reinhard Meyer auf, die von Reimer Böge und EU-Verkehrskommissar Siim Kallas entwickelten Ideen zur Finanzierung der A-20 aufzugreifen.

„Reimer Böge zeigt Wege auf, wie es geht. Wenn die Landesregierung den Bau wirklich voran bringen will, dann muss sie diese Ideen verfolgen“, so Arp.

Er frage sich, warum die Landesregierung die von Böge aufgeführten Finanzierungswege bislang offenkundig nicht geprüft habe. „Wofür gibt es in der Landesregierung überhaupt eine Europaabteilung“, fragte Arp.

Einmal mehr dränge sich der Verdacht auf, dass SPD, Grüne und SSW an einem schnellen Weiterbau der A 20 nicht interessiert seien.

„Diese Regierung weicht vom bisherigen Bauplan ab und jammert, dass das Geld vom Bund nicht kommt. Um alternative Finanzierungsmöglichkeiten kümmert sie sich nicht. Das ist unverantwortlich“, so Arp.

Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de